

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen**

**betreffend Umqualifizierungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer\_innen in gesundheitsgefährdenden Tätigkeitsfeldern**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 2203/A(E) der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Abschaffung des Überbrückungsgeldes – TOP28**

Die Beschäftigungsquote der Altersgruppe 55-64 Jahre liegt bei nur 23%, und damit um mehr als 10 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt. Die EU-Kommission stellt fest, dass die gegenwärtigen Vorruhestandsregelungen einen negativen Einfluss auf die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer\_innen haben. *"Die jüngsten verfügbaren Daten weisen darauf hin, dass mindestens ein Drittel der Rentner\_innen gerne länger auf dem Arbeitsmarkt geblieben wäre; dieser Wert liegt um 16 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EU-28."* Die Kommission macht auch deutlich, welche die wesentlichen Faktoren sind, die eine Verlängerung des Erwerbslebens verhindern, welche sich keineswegs mit der Hauptforderung des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz – der Einführung eines "Bonus/Malus-Systems" – decken. Sie setzen an den Wurzeln des Problems an, statt die Symptome einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik bekämpfen zu wollen, wie es das Sozialministerium tut. Längere Erwerbstätigkeit verhindern vor allem Frühpensionierungsmöglichkeiten, zu hohe Arbeitskosten, fehlende altersfreundliche Arbeitsbedingungen bzw. in diesem Zusammenhang vor allem ungeeignete Qualifikationen und gesundheitliche Aspekte.

Das Beharren des Sozialministeriums auf einem Bonus/Malus-System für ältere Arbeitnehmer\_innen täuscht nur über eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik hinweg. Vor allem, wenn man arbeitsmarktpolitische Einsparungen vorwiegend für unter 50-Jährige betrachtet. Gerade eine langfristige Sicht auf die Erwerbsfähigkeit zeigt die möglichen negativen Folgen auch für das Pensionssystem. Denn die arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die gegenwärtig vornehmlich für über 50-Jährige verwendet werden, setzen, insbesondere bei Betrachtung gesundheitlicher Aspekte und dem Erhalt der Arbeitskraft, viel zu spät ein. Insbesondere wenn gesundheitliche Beeinträchtigung erst der Auslöser für die angesprochenen Umqualifizierungen im Rahmen des Umschulungsgeldes sind. Hier wird nicht präventiv gearbeitet, wobei das genau nötig wäre. Aus diesem Grund müssen entsprechende Umqualifizierungsmaßnahmen bereits früher ansetzen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen vorbeugen.

Aufgrund der ursprünglichen Qualifikationen von Arbeitnehmer\_innen können oft keine altersfreundlichen Arbeitsbedingungen angeboten werden, weil damit Jobs verbunden sind, die nun einmal nicht altersgerecht sind. Ab einem gewissen Alter hat der/die entsprechende Arbeitnehmer\_in keine geeigneten Qualifikationen mehr und durch den zu langen Verbleib in den jeweiligen Jobs auch gesundheitliche Probleme. Dennoch werden – möglicherweise unbewusst – monetäre Anreize gesetzt, trotzdem in den gesundheitlich weniger förderlichen Jobs zu verbleiben, etwa durch verschiedene Frühpensionierungsmöglichkeiten, insbesondere die Schwerarbeiterpensionen. Anstatt Anreize zu setzen, sich bereits frühzeitig umzuqualifizieren und damit altersgerechtere Jobs anzunehmen, wird genau das Gegenteil gefördert – langfristig führt

das für die Betroffenen aber zu einer schlechteren gesundheitlichen Verfassung, Invaliditäts- oder Schwerarbeitspensionen, geringeren Pensionsansprüchen aber auch zu einer stärkeren Belastung des gesamten Pensionssystems.

Aus unserer Sicht ist deshalb der aktuelle Fokus der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf Arbeitnehmer\_innen ab 50 Jahren, insbesondere für diese Gruppe, die später als Schwerarbeiter\_innen gelten, nicht nachhaltig und verfehlt.

Gerade der Baubereich hat sich Sonderregelungen geschaffen, die andere Schwerarbeiter\_innen nicht haben. Dabei wird allerdings nicht auf Prävention gesetzt und Arbeitnehmer\_innen in andere, weniger gesundheitsgefährdende Tätigkeitsfelder umqualifiziert, sondern stattdessen Maßnahmen gesetzt, dass diese Menschen früher den Arbeitsmarkt verlassen können, aber dennoch ihre Gesundheit ruinieren. Im Sinne einer präventiven Gesundheitspolitik, einer nachhaltigen und gesundheitsfördernden Arbeitsmarktpolitik und einer nachhaltigen Sozial- und insbesondere Pensionspolitik, ist dieser Ansatz jedenfalls nicht zielführend und sollte überdacht werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

*"Der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz wird aufgefordert, aktive arbeitsmarktpolitische Instrumente zu etablieren, die präventiv und frühzeitig Umschulungen von Arbeitnehmer\_innen in gesundheitsbeeinträchtigenden Berufen ermöglichen, um damit spätere gesundheitliche Beeinträchtigungen, die zu Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspensionen oder dem Anspruch auf Schwerarbeitspension führen, zu verhindern."*

The image shows five handwritten signatures in black ink, arranged in a loose cluster. Each signature is accompanied by a printed name in parentheses below it. From top-left to bottom-right, the signatures and names are: a large, sweeping signature above "(Stolz)"; a signature above "(Wagner)"; a signature above "DORRIS ABER"; a signature above "(Bernhard)"; and a signature above "Gadner".

